Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 3000 Mark, auswärtige Anzeigen 3600 Mark, amtliche Zeile 9000 Mark, Reklame-Petitzeile 10800 Mark. — Bei größerem Abschlüssen entsprechender Rabatt.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 175 — Montag, den 30. Juli 1923 — 18. Jahrgang

Finanzpläne der Reichsregierung.

Ein Aufruf an das deutsche Volk.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung haben folgende Kundgebung erlassen:

Zu der schweren Bedrückung und Entrechtung, der die besetzten Gebiete am Rhein und an der Ruhr ausgesetzt sind, gesellt sich dort wie im nicht besetzten Deutschland steigende Wirtschaftsnot. Bis zum heutigen Tage verhindert Frankreich jede Lösung der Reparationsfrage die Deutschland auch nur das Leben läßt. Durch den Einbruch ins Ruhrgebiet hat es die Wirtschafts- und Finanzkraft Deutschlands aufs schwerste getroffen und erschüttert. So ist Deutschland zu einer ungeheuerlichen Vermehrung der Zahlungsmittel gegen seinen Willen gezwungen. Eine unerhörte Entwertung des Geldes ist die Wirkung. Dazu kommen eben jetzt am Ende des Erntejahres natürliche Schwierigkeiten der Ernährungsversorgung, die sich in diesem Jahre, da die Ernte um mehrere Wochen verspätet ist, verschärfen. Alle diese Nöte führen zu schweren seelischen Leiden der Bevölkerung. Zwar kann auch nach dem Zeugnis unbefangen urteilender politischer Sachverständiger des Auslandes auch in den Gläubigerstaaten Deutschland zu einer wirklichen Gesundung der Verhältnisse nur durch eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage kommen, bis dahin aber muß und wird das deutsche Volk sich aus eigener Kraft aufrecht erhalten. Die deutsche Regierung wird fortfahren, alle irgend möglichen Maßnahmen zu treffen, die dies Ziel erreichen helfen.

Zunächst gilt es die Finanzen des Reiches zu stärken und der ungeheuerlichen Entwertung des Geldes Einhalt zu tun. Bei der Einkommensteuer ist bereits durch entsprechende Vorauszahlung dafür gesorgt daß nicht nur von den Lohnsteuerpflichtigen, sondern auch von den übrigen Einkommensteuerpflichtigen schon während des Veranlagungsjahres die Steuer entsprechend der Geldentwertung geleistet wird. Nach einem den gesetzgebenden Körperschaften zugehenden Gesetzentwurf sollen auch die Vermögenssteuer und die Erbschaftssteuer so gestaltet werden, daß sie der Geldentwertung folgen. Die Börsenumsatzsteuer ist vor kurzem verdoppelt worden. Bei den Verbrauchssteuern soll zur Erzielung ihres raschesten Einganges die erst unlängst vom Reichstag verkürzte Fälligkeitsfrist auf das geringstmögliche Maß gemindert werden. Dem Reichsrat ist bereits ein Gesetzentwurf zugegangen, der als Opfer für Rhein und Ruhr auf breitester Grundlage von allen Leistungsfähigen im unbesetzten Deutschland durch Vervielfachung der bereits der Geldentwertung angepaßten Einkommensteuervorauszahlungen große Leistungen anfordert. Diese Maßnahmen werden dem Reiche rasch sehr erhebliche Geldmengen zuführen.

Die Ausgabe einer wertbeständigen Anleihe soll den breitesten Volkskreisen die Möglichkeit bieten, das Sparbedürfnis zu befriedigen, sich gegen Entwertung zu sichern und so auch dem ungesunden Ansturm auf Warenvorräte und Devisen entgegenzuwirken. Die auf dem Gebiet des Devisenverkehrs beschlossenen Maßnahmen werden dahin wirken, daß Devisen in stärkerem Umfang als bisher dem Reiche zufließen und so für die unentbehrliche Einfuhr von Lebensmitteln reichlicher zur Verfügung gestellt werden können. Die Einfuhr überflüssiger Luxuswaren wird nach Möglichkeit gehemmt werden. Die Anpassung der Löhne und Gehälter an die Geldentwertung ist bereits gesichert und wird weiter festgehalten werden. Die Reichsbank hat Maßnahmen beschlossen, welche die grundsätzliche Frage des Goldkredites der Lösung näherbringen sollen.

Die hiermit kurz gekennzeichneten Maßnahmen werden, soweit sie der Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften bedürfen, von diesen voraussichtlich im Laufe der nächsten zwei Wochen verabschiedet und sofort in Kraft gesetzt werden. Wenn nicht bei jeder dieser Maßnahmen die Wirkung sogleich deutlich fühlbar sein wird als Gesamtergebnis wird, soweit es an der deutschen Regierung liegt, dadurch eine Entspannung der Wirtschaftslage eintreten. Das deutsche Volk wird mit diesen Maßnahmen sich selbst in seinem Kampfe um Leben, Recht und Freiheit Halt und Sorge geben und zugleich den Beweis erbringen, wie stark sein Wille ist, sich trotz aller auf ihm lastenden schweren Not in diesem Kampfe entschlossen zu behaupten. Angriffe gegen die staatliche Ordnung können die Lage nicht bessern, sondern nur den Weg zur Gesundung erschweren. Das deutsche Volk will von solchen Störungen nichts wissen, es will leben, arbeiten und seine staatliche Ordnung, die es sich selbst in der Zeit schwersten Unglücks aus eigenem Willen gegeben hat. Große und schwere Pflichten obliegen allen Ständen. Im Vordergrunde steht die Sicherung der Ernährung. Für die Landwirtschaft und den Handel ist es darum staatsbürgerliche Pflicht, so schnell wie möglich die Ernteerträge dem Verbrauch zukommen zu lassen. Die Lohn- und Gehaltsbemessung von Arbeitern und Angestellten muß die Ernährung und Erhaltung der Familien ermöglichen. Auf allen Männern und Frauen des ganzen Volkes aber liegt die Pflicht, in klarer Besinnung die tägliche Arbeit fortzuführen und die Ruhe und Ordnung des Staates als die Grundlage des künftigen Aufstieges des deutschen Volkes zu bewahren.

Rücktritt des Reichsbankpräsidenten. Der Präsident der Reichsbank Havenstein wird, wie eine Berliner Korrespondenz erfährt, zum 1. Oktober sein Abschiedsgesuch einreichen. Er kehrt nicht mehr an seine Dienststelle zurück. Eine anderweitige Verwendung ist für ihn vorgesehen.

•

Engländer über die Ursachen des Marksturzes.

In Londoner Finanz- und Handelskreisen erörtert man immer noch, was für Ursachen in wenigen Tagen den Sturz der Mark von 1 500 000 für das Pfund Sterling auf 4½ bis 5 Millionen bewirkt haben. Englische Sachverständige sind der Meinung, daß die Aufgabe der Stützungspolitik der Reichsbank in erster Linie für den Zusammenbruch verantwortlich zu machen ist. Man weist namentlich darauf hin, daß der Markkurs in London sich nie nach dem in Berlin künstlich festgesetzten Reichsbankkurs gerichtet habe. Es sei hier vielmehr stets ein unbeeinflußter Freimarkt vorhanden gewesen. Ferner wurde von Fachleuten darauf hingewiesen, einmal den Versuch zu machen, durch Fühlungnahme bei den Kohlenmaklern festzustellen, inwieweit die deutsche Kohleneinfuhr zum Devisenzusammenbruch beigetragen haben könnte. Auf Anfrage eines deutschen Blattes hin erklärte ein englischer Gewährsmann: Drei Gruppen deutscher Kohlenverbraucher kaufen in großem Umfang englische Kohle: Die deutsche Handelsflotte, die deutsche Industrie und die deutsche Reichsbahn. Die deutschen Schiffahrtsgesellschaften bezahlen ihre Kohlenkäufe durchweg mit Edelvaluta, die sie fortlaufend aus ihren Frachtgeschäften einnehmen. Der Kohlenbedarf der deutschen Industrie wird folgendermaßen finanziert: Die mit England arbeitenden deutschen Kohlenverkaufs-Organisationen bezahlen die Kohle bei Lieferung mit kurzfristigen Bankkrediten, sobald die Kohlen nach Deutschland kommen. Höchstens eine Woche nach der Abfahrt von England werden sie an die deutschen Industriebetriebe gegen Bezahlung in Pfund, Dollar oder holländischen Gulden geliefert. Die auf diese Weise einkommenden Devisen werden zur Abdeckung der englischen Bankkredite verwandt.

Die Kohlenimporteure, die für die Reichsbahn tätig sind, haben die technisch viel schwierigere Aufgabe zu bewältigen, die Kohlen gegen Bezahlung in Mark zu beschaffen. Sobald die Reichseisenbahn nicht in der Lage ist, aus den ständig mangelhaft arbeitenden Devisenbeschaffungsstellen ihren Importeuren die notwendigen Devisenbeträge zur Verfügung zu stellen, sind diese genötigt sich um jeden Preis durch den Verkauf von Mark zu späteren Terminen die erforderlichen Pfundbeträge zur Deckung ihrer Zahlungsverpflichtungen zu beschaffen.

Dieser Kohlenfachmann wies im Laufe des Gespräches ferner darauf hin, daß die Bezahlung der deutschen Kohleneinfuhr auch kein ganz leicht zu lösendes Problem sei, weil man von deutscher Seite, um etwas an den Frachtspesen zu sparen, ausschließlich in Nordengland und Schottland Kohlen kauft. Die dortigen Grubenbesitzer seien viel schwächer fundiert als die großen Besitzer in Südwales, die wahrscheinlich viel eher in der Lage gewesen wären, mit solventen deutschen Abnehmern langfristige Kredit- und Lieferungsverträge abzuschließen. Frankreich, Belgien und Italien hätten in richtiger Erkenntnis dieser Sachlage ihren Kohlenbedarf seit Januar fast ausschließlich aus Südwales bezogen.

Ein neuer Reparationsplan von Keynes.

Vorbedingung: Aufhebung der Ruhrbesetzung.

In der „Ere Nouvelle" veröffentlicht J. M. Keynes einen sehr interessanten Artikel über die Lösung des Reparationsproblems. Er geht darin von dem letzten deutschen Angebot vom 7. Juni aus und sagt: „Es ist sehr zweifelhaft, ob Deutschland in der Tat noch die darin angebotene Summe bezahlen kann. Nach meinem Begriff übersteigt selbst diese kleine Ziffer die deutsche Zahlungsfähigkeit, wenn man ihm nicht, wenigstens gleichzeitig einen längeren Zeitraum bewilligt, um seine wirtschaftliche Lage in Ordnung zu bringen." Keynes geht dann aber aus von den angebotenen deutschen 50 Milliarden Goldmark und schreibt: „Diese würden nach dem augenblicklichen Stande aller wirtschaftlichen und politischen Verhandlungen folgendermaßen zu verteilen sein: England 11, Frankreich 26, Italien 5, Belgien 4 und die übrigen Alliierten zusammen 4 Milliarden. Man könnte also folgende drei wichtigen Punkte feststellen:

1. Ermäßigung der deutschen Schuldsumme auf 50 Milliarden Goldmark.

2. Verteilung dieser Summe nach den Prozentsätzen von Spaa.

3. Annullierung der interalliierten Schulden.

Es wäre das allereinfachste, diesen Plan einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten aber nicht etwa, um über die Summe von 50 Milliarden Goldmark einig zu werden, sondern das Datum festzustellen von dem an Deutschland mit der Zahlung dieser Summe beginnen müßte. Deutschland könnte einen derartigen Vorschlag annehmen, denn er trüge seiner wirtschaftlichen Lage durchaus Rechnung. Allerdings müßte der Plan an gewisse Bedingungen gebunden sein: Wenn die Alliierten in Berlin einen Kontrollorganismus einrichten wollen, so werden die Deutschen alles tun, um diesem Wunsche zu entsprechen. Wenn die Alliierten aber die Ruhrpolitik unter irgendeiner Form aufrechterhalten die dem „Vertrag" von Versailles widerspricht, so kann keine deutsche Regierung darin einwilligen. Solange nicht die augenblickliche Lage im Ruhrgebiet und in den Rheinlanden geändert wird, muß jede Regierung gegen den augenblicklichen Zustand dort protestieren."

Die belgische Antwort fertig.

Ein am Sonnabend nach Schluß des Ministerrats herausgegebenes offizielles Kommuniquee besagt daß der Ministerrat in seiner Sitzung den endgültigen Text der belgischen Antwort auf den englischen Fragebogen fertiggestellt hat. Dieser Text solle sofort, wahrscheinlich noch im Laufe dieser Nacht, nach Paris übermittelt werden. Man rechnet damit, daß unter diesen Umständen die französische und die belgische Antwortnote durch den französischen Botschafter bzw. den belgischen Gesandten spätestens Montag abend in London überreicht werden können.

Auch die französische Antwort festgelegt?

Die englische Regierung hat, wie am Quai d'Orsay bestätigt wird, durch Vermittlung des französischen Botschafters in London den Wunsch geäußert, möglichst rasch in den Besitz der Antwort Frankreichs auf die belgischen Dokumente zu gelangen. Die Pariser Regierung hat daraufhin in London mitteilen lassen, daß die französische Antwort bereits fertiggestellt ist und dem Foreign Office überreicht wird, sobald die belgische Antwort vorliegt. Ueber die Gründe der Verzögerung wird in französischen und belgischen amtlichen Kreisen strengstes Stillschweigen bewahrt.

Die französisch-italienischen Verhandlungen über die Ruhrkohlentransporte für Italien sind noch nicht abgeschlossen. Sie werden laut amtlicher Auskunft erst nach Poincares Rückkehr von seinem Sommeraufenthalt, also keinesfalls vor Mitte dieser Woche wieder aufgenommen.

Nach dem „Petit Parisien" ist, wie soeben telephonisch mitgeteilt wird, die französische Antwortnote am Sonntagabend dem französischen Botschafter in London zugegangen.

Frankreich rechnet auf Deutschlands Zusammenbruch.

Die französische Presse bringt in großer Aufmachung sensationelle Schilderungen über die verzweifelte Lage in Deutschland, über die Ernährungsschwierigkeiten in den Großstädten und den Tod der Mark in der deutlichen Absicht, voraussehen zu lassen, daß der deutsche Widerstand in der nächsten Zeit zusammenbrechen müsse. Allerdings fehlt es auch nicht an Stimmen, die, obwohl sie die Lage in Deutschland äußerst schwarz malen, sich bemühen, erkennen zu lassen, daß mit einem plötzlichen Zusammenbruch des Widerstandes im Ruhrgebiet nicht gerechnet werden könne. So schreibt zum Beispiel der Berliner Berichterstatter des „Echo de Paris" seinem Blatte, daß man angesichts der ernsten Lage in Deutschland auf wirtschaftlichem, finanziellem und innerpolitischem Gebiet sich versucht fühlen könnte, an eine baldige Kapitulation Deutschlands zu glauben. Es könnten zwar neue Ereignisse plötzlich eintreten, die die Lage verschlimmern würden, aber für den Augenblick spüre man in den politischen deutschen Kreisen nichts von einem Gedanken einer Kapitulation. Die Bevölkerung, so schreibt der Korrespondent, besitzt eine große unbegrenzte Widerstandskraft, und man betrachtet ein Kompromiß als den einzig möglichen Ausweg. Alle vernünftigen Politiker, mit denen der Berichterstatter in den letzten Tagen Fühlung genommen haben will, hätten ihm erklärt, daß sie keine Lösung des Ruhrproblems sähen. Man sei sich klar darüber, daß man dem Ruin entgegengehe, und man sei der Meinung, daß Frankreich hieraus keinen Nutzen ziehen werde